

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktion: Riefaer Tageblatt
Königsplatz Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großschauen, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptstadtkamrats Riefa.

Postkontingent: Dresden 1839
Circulargasse Riefa Nr. 52.

Nr. 105.

Donnerstag, 7. Mai 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kaden. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 12 Nummern 26 Mark, das heißt 2 Mark 16 Pfennig pro Nummer, bei 25 Nummern 52 Mark, bei 50 Nummern 97 Mark, bei 100 Nummern 177 Mark, bei 200 Nummern 337 Mark, bei 300 Nummern 497 Mark, bei 400 Nummern 657 Mark, bei 500 Nummern 817 Mark, bei 600 Nummern 977 Mark, bei 700 Nummern 1137 Mark, bei 800 Nummern 1297 Mark, bei 900 Nummern 1457 Mark, bei 1000 Nummern 1617 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 12 Nummern 26 Mark, das heißt 2 Mark 16 Pfennig pro Nummer, bei 25 Nummern 52 Mark, bei 50 Nummern 97 Mark, bei 100 Nummern 177 Mark, bei 200 Nummern 337 Mark, bei 300 Nummern 497 Mark, bei 400 Nummern 657 Mark, bei 500 Nummern 817 Mark, bei 600 Nummern 977 Mark, bei 700 Nummern 1137 Mark, bei 800 Nummern 1297 Mark, bei 900 Nummern 1457 Mark, bei 1000 Nummern 1617 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 12 Nummern 26 Mark, das heißt 2 Mark 16 Pfennig pro Nummer, bei 25 Nummern 52 Mark, bei 50 Nummern 97 Mark, bei 100 Nummern 177 Mark, bei 200 Nummern 337 Mark, bei 300 Nummern 497 Mark, bei 400 Nummern 657 Mark, bei 500 Nummern 817 Mark, bei 600 Nummern 977 Mark, bei 700 Nummern 1137 Mark, bei 800 Nummern 1297 Mark, bei 900 Nummern 1457 Mark, bei 1000 Nummern 1617 Mark.

Amerika an Europa.

Der neue amerikanische Botschafter in London, Houghton, hat die Feier seines Amtsantritts in einem Londoner Club dazu benützt, um eine Rede zu halten, die in jedem Wort und jeder Wendung das Gepräge einer hochamtlichen politischen Botschaft trägt und die daher in der Öffentlichkeit auch eine außerordentlich starke Beachtung gefunden hat. In Washington selbst hat man zum Ueberfluß noch amtlich zu verstehen gegeben, daß die Kundgebung in London in engstem Einverständnis mit dem Präsidenten und dem Staatssekretär des Auswärtigen erfolgt ist. Senator Borah hat ebenfalls sein weitgehendes Einverständnis mit Houghtons Worten erklärt.

Der Inhalt der Houghton-Rede ist nur dem Sinne nach der, daß Amerika keinerlei kriegerische Zusammenstöße oder Verwicklungen in Europa wünscht und daß es nur unter der Voraussetzung eines vertrauensvollen Zusammenarbeitens der europäischen Staaten sich weiterhin finanziell und wirtschaftlich für die Schaffung gesunder Verhältnisse in Europa interessieren werde. Besonders wertvoll ist der Ausdruck der Hoffnung, daß bald ein Friede aufkünden kommen möge, der nicht durch die Gewalt herbeigeführt wird und daher nur Vorläufer eines neuen Krieges sein kann, sondern ein Frieden, der alle Merkmale der Dauer in sich trägt und der verdient, erhalten zu werden, weil er gerecht ist.

Die Rede Houghtons enthält eine Feststellung und eine wenn auch in höflichste diplomatische Formen gekleidete Forderung. Amerika erinnert durch den Mund seines Botschafters noch einmal daran, daß es den Versäufel Friede nicht unterzeichnet hat und daß es eine Revision dieses Friedens für die Vorbedingung jeglicher Wiederanknüpfung an Arbeit hält. Dieser Standpunkt dürfte heute außerhalb der Grenzen Frankreichs und seiner unmittelbaren Satellitenstaaten überall als berechtigt anerkannt werden.

Am meisten Verständnis wird man für die Feststellungen des amerikanischen Botschafters in Deutschland ausführen, wo man am bittersten unter den Folgen der Pariser Unrechtsentscheidung leidet und wo man es schon begrüßen würde, wenn vorläufig die Bedingungen selbst dieses Friedens der Ungerechtigkeit eingehalten würden. Ist es doch heute so weit gekommen, daß unter iranischer Führung selbst die geringsten Rechte und Forderungen, die sich für Deutschland aus dem Friedensdiktate ergeben, mißachtet werden und zwar — man denke nur an die Verweigerung einer Begründung in der Räumungsfrage — unter Vorwand, die geradezu eine Verkünderung der aller einfachsten Rechtsauffassungen darstellt.

Aus diesen Feststellungen ergeben sich Forderungen, die, gerade weil es aus Gründen der Höflichkeit und der Diplomatie verschleielt wird, sich nach einer bestimmten Richtung hinwenden. Daß, wie es in bewußter Entfremdung des Sinnes einige deutschfeindliche Zeitungen behaupten, Deutschland als der Friedensstörer von Houghton angesprochen wird, dürfte im Ernst niemand in London, Washington und Paris glauben. Selbst in Berlin wagen die Hindenburg feindlichen Zeitungen solche Unterstellungen nur in verflucht Form. Der Friedensstörer, der Staat, der kein Vertrauen aufkommen lassen will, der Deutschlands Sicherungsvorschlag zurückweist und der allein ein Interesse an der Aufrechterhaltung des von Houghton getadelten Unrechtsfriedens hat, ist Frankreich. Bereits vor einem Monat wußte der „Times“ aus Washington zu melden, daß Coolidge sehr verstimmt über die Zurückweisung seines Friedenskonferenzplanes in Paris gewesen sei.

Vor einem Monat schon hat die „Times“ den Sinn der Houghton-Rede vollständig vorweggenommen, wenn sie schrieb: „Eingige Zeitungen haben unrichtiger Weise angedeutet, daß die Abneigung der französischen Regierung, an der Konferenz teilzunehmen, eine scharfe Mahnung an die finanziellen Verpflichtungen nach sich ziehen würde. Natürlich wird nichts dergleichen erzwungen. Aber es wäre unsinnig, nicht einzusehen, daß viele Amerikaner in verantwortlichen Stellungen der Meinung sind, daß Frankreichs Finanzlage langsam aber sicher einen abnehmenden Einfluß auf seine politische Haltung ausüben muß. Man könnte wohl sagen, daß die rauhe Wahrheit in wirtschaftlichen Dingen jeden Denksattel seitens der Gläubigernation unnötig machen wird, der verlehend wäre.“

In Paris wird man den Sinn der Londoner Rede sehr wohl verstehen. Ob diese Rede, die eine starke Stütze des deutschen Standpunktes bei den kommenden Auseinandersetzungen sein wird, wieder in den Wind geschlagen wird, ob Painlevé ebenso wenig aus den Ergebnissen lernen will, wie es bei Poincaré und Herriot der Fall gewesen ist, davon hängt die Schnelligkeit der europäischen Einigung ab.

Sollte man in Frankreich auch weiterhin sich über die Maßnahmen Amerikas und über die Zeichen der Entwicklungssachen hinwegsetzen, so würde Amerika schließlich auf die Dauer nicht zögern, von Worten zu Taten und Frankreich sehr schmerzlichen Taten abzuwaschen.

Die Finanzlage des Reiches.

Ausführungen des Reichsfinanzministers.

Abg. Berlin. Der Steueransatz des Reichstags begann gestern mit der

Beratung der Steuervorlagen.

Die Aussprache wurde mit einer langen Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieben eröffnet, der in Ergänzung seiner kürzlich im Plenum gemachten Ausführungen vor dem Ausschuss Einzelheiten aus seinem Etat be sprach. Er führte dabei u. a. aus: Sie haben sicherlich die Veröffentlichungen verfolgt, die das Reichsfinanzministerium macht und werden daraus erleben haben, daß in der Zeit vom 1. 4. 1924 bis zum 31. 3. 1925 ein Ueberschuß von 660 Millionen RM. erwirtschaftet worden ist. Dieser Ueberschuß ergibt sich aus den Ueberschüssen von Zöllen und Steuern. Außer diesen 660 Millionen RM. steht dem Reich augenblicklich noch ein noch nicht abgelieferter verplandeter Betrag für den Reparationsagenten in Höhe von 136 Millionen RM. für März, ferner ein noch nicht abgerechneter Gewinn aus der Silberprägung in Höhe von 220 Millionen RM. und der Reiz des Rentenbankkredites von 345 Millionen RM. zur Verfügung. Dies ergibt zusammen einen Soll-Bestand von 1361 Millionen RM. Davon sind verbliebene Vorkasse abzurufen und es bleibt ein Nettosollbetrag von 1227 Millionen RM., der am 31. März 1925 vorhanden war.

Die Mehrausgaben des Reiches betragen insgesamt 1119 Millionen. Wenn man davon die Ersparnisse des Etats, die ich auf ungefähr 500 bis 600 Millionen schätze, abzieht, verbleibt ein Reinstbetrag von Mehrausgaben in Höhe von etwa 550—570 Millionen. Nicht nur diese Summe von der Gesamtmeiereinnahme von 1922 Millionen ab, so ergibt sich ungefähr die Summe, die ich als Reinstbestand für den 31. März 1925 genannt habe.

Der Minister führte dann aus, daß über die verbliebene Reinstbestandsumme von 1227 Millionen bereits verfügt ist oder noch verfügt werden soll. Jede weitere Schmälerung des Betriebsmittels durch Inanspruchnahme der Ueberschüsse etwa für andere als die vom Minister erwähnten Zwecke würde die Verwaltung einfach zum Erliegen bringen. Der Minister schloß: Ich habe Ihnen mit aller Offenheit die Finanzlage geschildert, wie sie sich für das abgelaufene Rechnungsjahr 1924 nach vorläufigen Schätzungen darbot und kann zum Schluß nur wiederholen, was ich schon im Plenum gesagt habe, daß nach dem Ergebnis meiner Darlegungen zu übertriebenem Optimismus kein Grund vorliegt.

Au die Ausführungen des Reichsfinanzministers schloß sich noch eine Debatte, worauf sich der Ausschuss auf Freitag vormittag vertagte.

Zur Sicherheitsfrage.

London. (Zuspruch.) Die Morning Post aus Paris meldet, werde Briand während dieser Woche die Antwort auf die Vorlesungen der deutschen Regierung in der Sicherheitsfrage unterzeichnen. Man sei der Ansicht, daß das Problem der südlichen Grenzen sicher einen Hauptpunkt der Note Briands bilden werde. Das Kreuz der Lage sei die Frage, welche Forderungen Deutschland bereit sei, bezüglich seiner südlichen und südlichen Grenzen zu geben. Der Zeitpunkt für die Eröffnung formeller Verhandlungen mit Deutschland werde erst festgesetzt werden, wenn alle in Betracht kommenden Mächte ihre Haltung beschlossen hätten. Times meldet, es sei nicht wahrscheinlich, daß die französische Regierung irgendwelche besonderen Bestimmungen bezüglich der polnischen und der tschechoslowakischen Grenze aufstellen werde. Es sei wahrscheinlich, daß Briand bei Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Sicherheitsfrage sich auf den Versäufel Vertrag stellen und darauf bestehen werde, daß die durch den Vertrag geschaffenen Grenzen als unveränderlich angesehen werden müßten. Die Wirkung davon würde sein, daß die Andeutungen der deutschen Regierung, wonach die deutschen Ostgrenzen nicht als dauernd angesehen werden könnten, zurückgewiesen würden. Dem Reichsausschuss des Reichstags zufolge habe Briand den Wunsch, daß Deutschland dem Völkerverband beitrete und ein regionales Abkommen unterzeichne.

Das Eisenbahnnetz im Polnischen Korridor.

Verlin. Nach einer Blättermeldung aus Danzig ist der deutsche Geschäftsführer Wärb aus Kolofofen bei Breschls-Stargard verhaftet worden, weil die Wärb, die in der Nähe der Unglücksstelle gefunden worden ist, von seinem Gute stammen soll. — Zu dieser Nachricht bemerkt das „V. T.“: Angesichts dieser Verhaftung muß das größte Verbrechen darüber ausgesprochen werden, daß von den zuständigen polnischen Behörden immer noch keine auf Tatsachen gestützte Erklärung des Unglücks vorliegt. Die deutsche Öffentlichkeit kann verlangen, daß der Abschluß der Untersuchung beschleunigt und das Untersuchungsverfahren öffentlich bekannt gegeben wird. — Wie die „Zeit“ erzählt, sind die Vorbereitungen der Reichsregierung soweit fortgeschritten, daß für die aller nächsten Tage der Antrag auf Einberufung des Schiedsgerichts bevorsteht, das im Pariser Abkommen zwischen Deutschland, Danzig und Polen vom April 1921 vorgelesen ist für alle Streitfragen, die sich aus dem Durchgangsverkehr durch den Korridor ergeben.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, den 6. Mai 1925.

Am Regierungstage: Reichsfinanzminister v. Schlieben, Vizepräsident Graf Thüringen eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min.

Die erste Sitzung der

Steuers- und Aufwertungssekte

wird fortgesetzt.

Abg. Denning (völk.) begrüßt es, daß endlich einmal eine Reichsregierung erkläre den Willen zeige, eine gewisse Vereinfachung in das Steuerwesen zu bringen, und die ganze Frage dieses Steuerwesens grundsätzlich aufzuräumen. Manche theoretischen Darlegungen des Finanzministers seien zu begrüßen, besonders soweit sie Betriebskapital für die Wirtschaft beschaffen wollen; aber in der Praxis sehe es vielfach doch noch ganz anders aus. Jede Verwirklichung für sich, jedoch es an einer Einheitlichkeit im Steuerwesen fehle. Es sei eine vollkommene Verknüpfung der Aufgab, wenn man eine Bekämpfung der Inflationsgewinne wolle und die sonstigen schmerzhaften Bereinigungen und die Revisionsgewinne dabei nicht erlässe. Der Redner fragt nach den Geschäftsgewinnen der in der Nachkriegszeit gebildeten großen Konzerne. Allein an den Deutschen Böhren soll ein Herr Kahn ungeheure wucherische Millionen gewinne gemacht haben. Gerade mit diesen in Böhren Hände gefallenen Milliardenwerten! Dann werde man auch die verarmten Kleinrentner schloß halten können. Sollte die Nationalwirtschaft denn immer noch weitergehen? Das bettelarme deutsche Volk habe mit dem Dawesentstand ungeheure Lasten auferlegt bekommen. Herr Kaser habe die Praxen gewaltig verteuert. Er sei von den Internationalen zum Generaldirektor mit 200 000 Mark Gehalt gemacht worden. Eine gründliche Aufwertung würde uns wieder eine Hilfe Betriebskapital schaffen und uns von den Wucherern befreien.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) behält sich im Namen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei seine endgültige Stellungnahme zu den Steuergefahren vor, lehnt aber jetzt schon diejenigen ab, die eine Ausföhrung der Bestimmungen des Dawesentstandes bedeuten.

Abg. Kling (Bauv. Bauernbd.) protestiert gegen das Uebermaß von Steuererordnungen, unter denen sich niemand mehr auskenne. Die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe sowie das Gewerbe seien durch die Vorauszahlungen schwer geschädigt. Man solle der Bauernschaft nicht das Leben in dieser Weise verbittern. Der Redner lehnt entschieden die Bier- und Tabaksteuer ab, weil sie die breiten Massen am schwersten treffe.

Abg. Doenen (Komm.) eröffnet die zweite Rednerreihe und behauptet, daß die anderen Parteien nicht mehr zurechen wollen. Diese schweigende Einheitsfront der Hindenburg- und Marxparteien habe nicht den Mut, die Regierung zu stützen und das Volk vor neuer Ausplönderung zu retten. Damit schließt die Aussprache.

Sämtliche Steuervorlagen werden dem Steueransatz übergeben.

Das Haus vertagt sich.

Freitag 7 Uhr: Erste Sitzung der Aufwertungssektionen.

Der Rechtsauschuss des Reichstags

unter Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D.D.) beschäftigte sich gestern mit der Beratung der Rechtsanwaltsordnung, insbesondere mit einem Antrag des Abg. Bohmann (Nat.) auf obligatorische Zulassung der Amtsgerichtsanwälte bei den Landgerichten. Es entspann sich über diesen Antrag eine mehrstündige Diskussion. Von Regierungsseite wurde darauf hingewiesen, daß bei den Landgerichten die Beförderung bestrebe, daß sie ihre Tätigkeitsmöglichkeiten verlieren, wenn nun plötzlich auch die Amtsgerichtsanwälte bei den Landgerichten amtieren könnten. Die Vertreter des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten sprachen sich gegen den Antrag aus, ebenso der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung. Dafür waren die Vertreter der Deutschen Volkspartei und die Antragsteller, die Deutschen Nationalen. — Abg. Bohmann (Nat.) brachte einen Zusatzantrag ein, der als Uebergangsbestimmung für die Zulassung der Amtsgerichtsanwälte bei den Landgerichten vorlag, daß am 1. Oktober 1925 ein Drittel und in den beiden nächstfolgenden Jahren die anderen zwei Drittel der Amtsgerichtsanwälte bei den übergeordneten Landgerichten zugelassen werden sollten. Der Ausschuss konnte sich aber über diese wichtige Materie heute nicht schlüssig werden; er lehnte jedenfalls den erweiterten Antrag Bohmann ab, nahm aber einen Euentwurf der Deutschen Nationalen Vertreter an, der den Amtsgerichtsanwälten gestattet wird, von ihnen in erster Instanz beim Amtsgericht vertretene Sachen auch in zweiter Instanz beim Landgericht durchzuführen.

Einpruch gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl?

Verlin. Die Volkliche Zeitung will wissen, daß die Sozialdemokratische Partei Einpruch gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl erhoben habe mit der Begründung, daß in zahlreichen Fällen Wahlunregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Nach Angaben des genannten Blattes soll sich der Wahlprotest auf Verleumdungen von Amtsträgern und auf Verleumdungen des 875 der Reichsstimmeordnung kägen, wonach die Wahlumschläge unrichtig sein müßten. Der Wahlprotest erkläre, daß die Nachprüfung der Unregelmäßigkeiten auch dann mit aller Sorgfalt vorgenommen werden müsse, wenn das Wahlergebnis dadurch nicht entscheidend beeinflusst würde.